

Jetzt wird auch in Bergkamen eine Turnhalle zur Notunterkunft für Flüchtlinge

Auch in Bergkamen wird ab kommender Woche eine Turnhalle für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Nähere Einzelheiten will die zuständige Dezernentin Christine Busch am Freitag bekannt geben. Die Nutzer sind vorab informiert worden. Wie die Dezernentin betont, soll durch die Verlagerung von Stunden in andere Hallen der Sportunterricht aufrecht gehalten werden. Für die Vereine wird eine gemeinsame Lösung angestrebt.

Bis Dienstag dieser Woche war es noch möglich, neu angekommene Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen. Doch inzwischen weist die Bezirksregierung eine so große Zahl von Flüchtlingen Bergkamen zu, dass es nicht möglich ist, für sie sofort Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Aufenthalt in der Notunterkunft soll nur eine zeitlich begrenzte Zwischenlösung sein. Geprüft wurden auch andere Lösungsmöglichkeiten, die aber aus baurechtlichen und bewirtschaftungstechnischen Gründen nicht zum Tragen kamen.

Christine Busch: „Bisher habe ich in Bergkamen eine große Bereitschaft erfahren dürfen, die gerne auch mit „Willkommenskultur“ bezeichnet wird. Insofern bin ich davon überzeugt, dass insbes. die tätige Mithilfe der Flüchtlingshelfer weiter dazu beitragen wird, dass wir im besten Sinne eine bunte Gesellschaft bleiben.“

SPD Overberg fährt zur Loreley und nach Koblenz

Der SPD Ortsverein Bergkamen–Overberge unternimmt am Samstag, 29. August, einen Ausflug zur Loreley und nach Koblenz. Dort gibt es eine Stadtrundfahrt mit dem Altstadtexpress.

Anmeldung sind bis zum 11. August 2015 bei Willi Muche, Tel. 02307 / 87461, oder bei Uwe Reichelt, Tel. 02307 / 80779, möglich.

Grüne empört: Filiale der Santander-Bank am Nordberg schließt am 30. September

Der nächste Leerstand am Nordberg kündigt sich an: Die Filiale der Santander-Bank am Nordberg schließt zum 30. September diesen Jahres. Heftigen Protest gibt es von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Es sei ein Schlag ins Gesicht vieler Bergkamener, meint Ratsmitglied Harald Sparringa.

Zynisch sei die Ankündigung, die allen Kunden per Post ins Haus flatterte und in der in besonders dicken Lettern als Überschrift zu lesen sei: „Ihre neue Filiale freut sich auf Ihren Besuch“ . Die Kunden, da sind sich die Bergkamener Grünen sicher, freuen sich aber bestimmt nicht über den Weg nach Lünen oder Hamm, um diese „neue Filiale“ zu erreichen.

Für die Bergkamener Kunden seien es beschwerliche Wege für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte, sagt Sparringa. „Die Kunden

sind in der Vielzahl diejenigen, die vor Jahren/ Jahrzehnten Kunde der Gewerkschaftsbank BfG wurden. Sie mussten auch die mehrfachen Eigentümerwechsel ertragen und sind nicht alle bereit oder in der Lage, auf das Onlinebanking zu wechseln. Sie brauchen den „Bankschalter vor Ort“.

Betroffen von der Filialschließung sind nicht nur Santander-Kunden, sondern auch Kunden anderer „befreundeter“ Banken. Der Geldautomat von Santander auf dem Nordberg ist der einzige, an dem sie gebührenfrei Geld erhalten. Ab 1. Oktober bleibt für sie nur der Weg nach Lünen oder sie zahlen Gebühren-

Die Mitglieder der Grünen Partei und der Fraktion sind empört über das Verhalten dieses Konzerns gegenüber ihren Kunden. Sparringa: „Die Schließung der Filiale torpediert auch ganz massiv die Bemühungen der Politik und der Verwaltung, die Nahversorgung der Menschen am und um den Nordberg zu sichern.“ Sparringa weiter: „Diese Kunden sollten jetzt die bessere Alternative nutzen, einen Wechsel der Bank. Es gibt durchaus Geldinstitute vor Ort.“

NRW-Verkehrsminister hält weiterhin nichts vom Neubau der Ortsumgehung L 821n

Vertreter der SPD-Fraktion Bergkamen haben sich höchstpersönlich auf den Weg nach Düsseldorf gemacht, um bei Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Verkehr und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, mit Nachdruck nochmals den Bau der L 821 n einzufordern. Die Antwort des Ministers fiel ernüchternd aus.



Aufforderung zum Bau der L 821n an der Kampstraße in Weddinghofen.

Das Land NRW sieht angesichts des immensen Investitionsstaus den Schwerpunkt im Erhalt und in der Sanierung von Straßen. Der Straßenneubau spielt in diesem Zusammenhang in den kommenden Jahren eine eher untergeordnete Rolle. Die Finanzierung der L 821 n durch das Land bleibt weiter mit einem großen Fragezeichen verbunden. Kostenprognosen für die geplante 1,9 km lange L 821 n gehen von 12 Mio. Euro aus. Der Etat für Neubauprojekte für Gesamt-NRW betrug im Jahr 2015 insgesamt 37 Mio. Euro. Für das kommende Jahr ist mit einer weiteren Reduzierung des Gesamtetats für Straßenneubau in NRW zu rechnen.

„Die Zahlen sprechen für sich! Wir können nicht ewig nur abwarten. Ob die Straße jemals vom Land realisiert wird, ist mehr denn je fraglich. Unseren Bürgerinnen und Bürgern ist nicht allein damit geholfen, weiterhin auf einen Bau der L 821 n zu hoffen“, resümiert Julian Deuse, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Weddinghofen.

„Insbesondere Verkehrslärm ausgehend von der Kampstraße nahmen Anwohner im Mai des Jahres zum Anlass, um auf das Thema aufmerksam zu machen. Der Rat der Stadt Bergkamen hat daraufhin in seiner Sitzung am 21. Mai auf Initiative der CDU einen Aufruf an die Landesregierung beschlossen, die Realisierung der L 821 n wieder mit höchster Priorität zu verfolgen.

SPD und Grüne suchen Alternativen



Anlieger fordern, den Lkw-Verkehr von der Kampstraße zu verdrängen.

Die SPD-Fraktion hatte schon in der Ratssitzung zu bedenken gegeben, dass das Land die Sanierung und Instandhaltung vorhandener Straßen bevorzugt und somit kaum Mittel für Neubauten zur Verfügung stehen. „Vor diesem Hintergrund haben wir das persönliche Gespräch mit dem Minister gesucht. Wir wollten eine klare Aussage vom Land. Die jedoch wird es vor dem Hintergrund der nicht zur Verfügung stehenden Finanzmittel kurz- und mittelfristig nicht geben. Bevor wir in Bergkamen ewig auf den Bau einer Straße hoffen, die vielleicht nie kommen wird, machen wir uns doch besser Gedanken über alternative Verkehrsführungen. Nur so können wir eine kurzfristige Entlastung für unsere Bürgerinnen und Bürger herbeiführen“, ist sich Bernd Schäfer, Vorsitzender der SPD-Fraktion sicher. „Wir werden direkt nach der Sommerpause einen entsprechenden Antrag gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die diesbezüglich bereits Kontakt mit uns aufgenommen haben, in den Rat einbringen“, so Schäfer weiter.

Organisiert wurde der Termin mit dem Minister in Düsseldorf durch den hiesigen Landtagsabgeordneten, Rüdiger Weiß. Auch Weiß plädiert für eine kurzfristige Entlastung der Anwohner in Bergkamen. „Ob dabei finanzielle Hilfen von Bund und Land, zum

Beispiel aus dem zugesagten Investitionsförderungsfonds eine Rolle spielen können, werden wir prüfen“, versichert MdL Weiß.

Eine positive Auswirkung der Fokussierung des Landes auf Sanierungsarbeiten schlägt sich kurzfristig auch in Bergkamen nieder: Voraussichtlich noch im Herbst diesen Jahres werden auf einer Strecke von 0,75 km Sanierungsarbeiten im Bereich des Kraftwerkes an der Landesstraße 736 (Westenhellweg) erfolgen.

Positiver Bauvorbescheid zur Errichtung einer Maßregelvollzugsklinik in Lünen

Die Bezirksregierung Arnsberg hat einen positiven Bauvorbescheid zur Errichtung einer Maßregelvollzugsklinik für den Landgerichtsbezirk Dortmund auf der Brachfläche „Victoria I/II“ an der Zwolle-Allee in Lünen erteilt. Damit bestätigt die Bezirksregierung die Entscheidung des Landes, dass dieser Standort in Lünen zum Bau der Klinik besser geeignet ist als alle Alternativstandorte innerhalb dieses Landgerichtsbezirks, die vom Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug geprüft wurden.

Beauftragt durch den Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB) im November 2013 für die Victoriabrache in Lünen einen Antrag auf Bauvorbescheid gestellt, um die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens abzusichern.

„Der Bescheid wird auch der Stadt Lünen zugestellt, die nun innerhalb eines Monats gegen den Bescheid klagen könnte. Legt die Stadt keine Rechtsmittel ein, werden die Vorbereitungen des Grundstückskaufs und – in Abstimmung mit der Stadt Lünen – der Einstieg in die konkrete Planungsphase erfolgen“, erklärt das Düsseldorfer Gesundheitsministerium.

Im Landgerichtsbezirk Dortmund bestehe ein erheblicher Mangel an Plätzen für Personen, für die vom Gericht die Unterbringung in eine Maßregelvollzugsklinik angeordnet wird. Deshalb solle in Lünen eine neue forensische Klinik mit 150 Plätzen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen, die infolge ihrer Krankheit straffällig geworden seien, gebaut werden, so das Ministerium. Ziel ist eine Inbetriebnahme möglichst bis 2020.

Sollte die Stadt Lünen klagen, wird der Grunderwerb voraussichtlich bis zu einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung zurückgestellt. Das kann bei einem Gang durch die Instanzen mehrere Jahre dauern. Klagen gegen die im ersten Ausbauprogramm (2000 – 2011) für den Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen errichteten Kliniken blieben allerdings durchweg erfolglos, so dass im zweiten Ausbauprogramm mit den Planungen voraussichtlich auch im Falle einer Klage begonnen wird, um den Zeitverlust durch das Klageverfahren so gering wie möglich zu halten.

**Ab 1. Juli startklar:
Erstaufnahmeeinrichtung für**

Asylbewerber

Der Vertrag ist unterschrieben, die Tinte ist trocken. Damit steht der Eröffnung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber im Kreis Unna nichts mehr entgegen. Eingerichtet wird sie in der Landesstelle in Unna-Massen. Los geht es am 1. Juli.



Per Vertrag haben Land und Kreis die Kostenübernahme für die Erstaufnahmeeinrichtung in Unna-Massen geregelt. Für den Kreis unterschrieb Landrat Michael Makiolla (l.) stellvertretend für das Land Bernd Müller von der Bezirksregierung Arnsberg. Foto: C. Rauert – Kreis Unna

Nachdem der Kreistag zugestimmt hat, besiegelten Landrat Michael Makiolla für den Kreis und Bernd Müller, Abteilungsleiter bei der Bezirksregierung Arnsberg, per Unterschrift unter die zehn Jahre laufende öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Erledigung der Landesaufgabe durch den Kreis.

Geregelt wurde außerdem die Übernahme der Kosten für die Herrichtung und Einrichtung der Räumlichkeiten sowie die Finanzierung der Betriebs-, Sach- und Personalkosten: Sie werden komplett vom Land übernommen.

Die Kreisverwaltung übernimmt ab 1. Juli die ausländerrechtliche Registrierung, die Organisation von medizinischen und radiologischen Untersuchungen und den

weiteren Transfer der Asylbewerber in andere Kommunen oder Bundesländer.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das über die gestellten Asylanträge entscheidet, wird demnächst ebenfalls in Unna-Massen „vor Ort“ sein. Durch die Bündelung beider Behörden unter einem Dach entsteht nach Mitteilung von Bernd Müller „eine Erstaufnahmeeinrichtung neuen Typs“.

Außerdem sollen die Asylverfahren deutlich beschleunigt werden. Ziel des Landes ist eine Entscheidung innerhalb von 14 Tagen. Dass dies klappt, dafür sollen rund 60 BAMF-Mitarbeiter sorgen. Auch eine weitere Information ist Müller wichtig: „In Unna-Massen werden Flüchtlinge aufgenommen, Abschiebungen wird es von hier aus nicht geben.“

Die Erstaufnahmeeinrichtung ist wie ein Bürgeramt konzipiert und unterstreicht die von Landrat Michael Makiolla betonte Willkommenskultur. Angedockt ist sie in dem von Ferdinand Adam geleiteten Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Leitung vor Ort wird Frank Hoose übernehmen. Das Team besteht aus zunächst 13 Mitarbeitern und soll nach baulichen Erweiterungen auf 20 steigen.

Die Schaffung der Erstaufnahmeeinrichtung in der Landesstelle Unna-Massen setzt auf einen zwischen der Stadt Unna und dem Land geschlossenen Vertrag auf. Danach kann das Land das Gelände bis 2024 für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzen, wobei eine Maximalbelegung von 800 Menschen nicht überschritten werden darf.

Bergkamener Oliver Haverkamp für drei Tage Mitglied des NRW-Jugend-Landtags

Mitglied eines Parlaments sein, mitdiskutieren und am Ende mitbestimmen: Für Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen ging dieser Wunsch in Erfüllung. Beim sogenannten Jugend-Landtag nahmen sie jetzt die Plätze der Abgeordneten ein. Unter den Teilnehmern der nunmehr siebten Auflage war auch Oliver Haverkamp, Schüler der Q1 des Städtischen Gymnasiums Bergkamen, der für die drei Tage in die Rolle von Rüdiger Weiß (SPD) schlüpfte.



Oliver Haverkamp (l.) mit Rüdiger Weiß

Oliver Haverkamp hatte sich zuvor bei Rüdiger Weiß für einen

Platz beworben und bekam den Zuschlag. An drei Tagen konnte der Bergkamener mit Jugendlichen aus ganz Nordrhein-Westfalen Kontakte knüpfen und sein Interesse an Politik ganz praktisch anwenden. Fraktionssitzungen, Ausschusssitzungen, Expertenanhörungen zu bestimmten Themenbereichen und auch die Sitzung des Ältestenrates in Vorbereitung einer Plenarsitzung – alles wie in der Realität. Oliver Haverkamp zeigte sich insbesondere von den Fraktionssitzungen beeindruckt: „Man konnte in realer Atmosphäre zu arbeiten. Die Diskussionen waren sehr intensiv, so in etwa stelle ich mir das auch bei echten Abgeordneten vor.“ Natürlich waren die Themen, die im „Jugendlandtag“ auf der Agenda standen an der Lebenswelt der jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer orientiert – die Wahl der Jugendlichen fiel auf die „gerechtere Vergabe von Studienplätzen und „Mehr fürs Leben und den Alltag in der Schule lernen“.

Für Kost und Logis war auch gesorgt: „Wir waren in Hotels untergebracht und wurden morgens mit dem Bus zum Landtag gefahren. Nach dem Frühstück in der dortigen Kantine, begann die politische Arbeit“, berichtet Oliver Haverkamp. Für den Abend hatte das Orga-Team stets unterschiedliche Aktivitäten im Repertoire – mal sportlich, mal kreativ. „Ich glaube, jeder ist nachts erschöpft ins Bett gefallen“, erzählt Oliver Haverkamp. Die 72 Stunden als Politiker hat er sehr genossen: „Ich habe viele neue Erkenntnisse mitgenommen, zum Beispiel wie lange es in der Realität dauert, bis ein Gesetz auf den Weg gebracht ist. Ich habe auch großen Respekt davor, welche Arbeit unsere Abgeordneten im Landtag leisten“, der sich am Ende bei Rüdiger Weiß und seinem Team herzlich bedankte.

Gutachter gibt bei Jahnschule Entwarnung – Start mit drei Eingangsklassen ins neue Schuljahr

Das Gebäude der Jahnschule in Oberaden befindet sich in einem einwandfreien Zustand, wenn von der leichten Schiefelage der Decke eines Klassenraums abgesehen wird. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens, das der 1. Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters in Auftrag gegeben hatte und dessen Ergebnis ihm seit Dienstag vorliegt.

Das Schulgebäude kann, wie Schuldezernentin Christine Busch am gleichen Tag im Schulausschuss mitteilte, uneingeschränkt genutzt werden. Das war eine Nachricht, die insbesondere Schulleiterin Susanne Fahrnert beruhigte. Beim Start ins neue Schuljahr mit dann drei Eingangsklassen wird es keine organisatorischen Probleme geben.

Das Gebäude verfüge über eine hohe normgerechte Standfestigkeit, berichtete Christine Busch. Einziger Makel sei allein die leichte Schiefelage. Die konnte sie sich nur dadurch erklären. Dass die Bauarbeiter damals, als sie den Beton für die Decke gegossen hatten, nicht ganz akkurat gearbeitet hatten. Ein Makel, der aber wegen der intakten Stahlarmierung keine Rolle spiele.

Das Ergebnis entspannt nicht nur die Organisation des Schulalltags an der Jahnschule, sondern auch für die Stadt die Neuorganisation der Grundschulstandorte in Oberaden bis 2017. Bekanntlich wird es bis dahin neben der Alisoschule noch zwei weitere Schulgebäude (Albert-Schweitzer-Schule und ehemalige Burgschule) geben, die nicht mehr als Standorte für Förderschulen benötigt werden. Für die beiden Grundschulen mit

insgesamt fünf Zügen könnten dann die Schulgebäude ausgesucht werden, die sich in einem guten Zustand befinden und in die sich Investitionen lohnen. Die Gebäude müssten aber auch genügend Platz für die Offenen Ganztagschulen bieten. Das Gebäude der Jahnschule sei jetzt nach dem Ergebnis des Gutachtens in jedem Fall in dieser Auswahl.

Kreis Unna wurde vor 40 Jahren neu zugeschnitten

Seinen Namen hat er seit 1930, sein Aussehen seit 1975. Im Zuge der kommunalen Neuordnung wurde der Kreis Unna vor 40 Jahren als Umlandkreis von Dortmund neu zugeschnitten.



Karl-Heinrich Landwehr (letzter Oberkreisdirektor), Gerd Achenbach (erster hauptamtlicher Landrat), Michael Makiolla (jetziger Landrat) und Rolf Tewes (letzter ehrenamtlicher Landrat, v.r.) 2010 bei einem Treffen auf der Ökostation.
Foto: Kreis Unna

Welche Weichenstellungen es zuvor gegeben hatte und was den Kreis heute ausmacht, daran erinnerte Landrat Michael Makiolla in der Kreistagssitzung am Dienstag, 23. Juni.

Das Forum war nicht zufällig gewählt, denn dort wurden vier Jahrzehnte zuvor wichtige kommunalpolitische Entscheidungen getroffen – und zwar zügig: Gerade mal 70 Minuten brauchte der neu gewählte Kreistag am 20. Mai 1975, um in öffentlicher Sitzung 13 Tagesordnungspunkte abzuhandeln. Was seinerzeit entschieden wurde, hatte Gewicht – und lässt sich heute noch in der neunseitigen Niederschrift Nr. 1/75 nachlesen.

Fritz Böckmann erster Landrat des neuen Kreises



Historisches Foto:
Oberkreisdirektor Dr.
Lothar Voit (l.), Landrat
Fritz Böckmann (3.v.l.) und
Lünens Oberbürgermeister
Hans-Werner Harzer (r.)
beim Neujahrsempfang 1975
in der Aula der Hellweg-
Berufsschule. Foto: Helmut
Welke – Kreisbildstelle

Unter Tagesordnungspunkt 1 wurde der SPD-Kreistagsabgeordnete Fritz Böckmann aus Bönen einstimmig zum ersten Landrat des neuen Kreises gewählt – ein Ehrenamt, das er bereits seit 1970 im „alten Kreis“ ausgeübt hatte und bis 1988 wahrnahm.

Übrigens: In der Sitzung dabei war auch Gerd Achenbach, damals Regierungsrat z. A. Er schrieb 24 Jahre später Geschichte als der erste direkt gewählte und hauptamtliche Landrat des Kreises Unna.

Vier Städte kommen neu zur Kreisgemeinschaft

Seine 20 Paragraphen umfassende Hauptsatzung beschloss der Kreistag unter TOP 4. Geregelt wurden unter anderem Fragen zu Wappen, Dienstsiegel und Flagge, zur Bildung von Ausschüssen, zur Verschwiegenheit und Befangenheit von Kreistagsabgeordneten oder auch der Anspruch auf Aufwandsentschädigung.

Mit der kommunalen Neuordnung wechselten Pelkum, Rhynern und Uentrop zur Stadt Hamm. Dafür wurden Lünen, Schwerte, Selm und Werne neu in den Kreis aufgenommen. Bergkamen, Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Kamen und Unna blieben, wo sie waren.

Kreis erhält bundesweite Aufmerksamkeit

Seit 40 Jahren lenken Kreistag und Kreisverwaltung nun die Geschicke des heute rund 393.000 Einwohner zählenden Kreises mit einer Größe von immerhin 76.000 Fußballfeldern (rund 543 qkm). Entstanden ist eine erfolgreiche Leistungsgemeinschaft, die auch bundesweit Schlagzeilen machte.

Hier im Kreis wurde Anfang der 1980er Jahre das erste kommunale Umweltamt überhaupt eingerichtet, hier entstanden Anfang der 1990er die ersten Gesundheitshäuser im Land (Lünen und Unna), hier wurde und wird bundesweit modellhafte Sozial- und Altenplanung betrieben und landesweit beispielhafte Integrationsarbeit geleistet.

Neue Wurzeln schlagen – alte erhalten und pflegen

In den letzten Jahrzehnten wurden viele neue Wurzeln geschlagen und alte sollen ganz ausdrücklich nicht gekappt werden. Jüngstes Beispiel: Neben „UN“ und „LÜN“, vor 1975 das Autokennzeichen der bis dato kreisfreien Stadt Lünen, kann demnächst auch das LH-Kennzeichen gewählt werden. Bis Ende 1974 durften das nur Autofahrer aus Selm, Werne und Altlünen (damals Kreis Lüdinghausen) an ihre Fahrzeuge schrauben.

Tobias Hindemitt neuer Vorsitzender der JU Bergkamen

Bei ihrer Mitgliederhauptversammlung am Freitagabend wählten die Mitglieder der Jungen Union Bergkamen einen neuen Vorstand. Neuer Vorsitzender ist der 22-jährige Student Tobias Hindemitt aus Bergkamen-Heil, der das Amt vom langjährigen Vorsitzenden Stefan Rennhak übernimmt.



Der neue Vorstand der JU Bergkamen.

Rennhak steht dem neuen Vorstand von nun an als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung. Zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Cimbaly-Clara Cirkel gewählt. Geschäftsführer ist weiterhin Christoph Goerdts, zu dessen Vertretern André Miska und Jonas Schirmacher gewählt wurden. Das Amt der Schriftführerin übernimmt künftig Alina Poddig, ihr Stellvertreter ist Maximilian Hellmich.



Der neue JU-Vorsitzende Tobias Hindemitt.

Nach einem Rückblick auf die vergangenen Jahre, die neben politischen Schwerpunkten, von Exkursionen und vor allem von der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl geprägt waren, wurde der alte Vorstand entlastet. Besonderer Dank wurde hierbei Stefan Rennhak zu Teil, der die Junge Union Bergkamen 5 Jahre lang geführt hat.

Isabel Haas ist künftig mit der Betreuung der Internetseite, als Internet- und Medienbeauftragte, beauftragt. Die Pressearbeit übernimmt Stefan Cramer.

Als organisatorische Neuerung soll es Ansprechpartner für bestimmte Bereiche geben, die sich nicht nur mit Themen auseinandersetzen, sondern auch Vorschläge für Veranstaltungen entwickeln. „Auch in Zukunft möchten wir mit den anderen Vereinigungen der CDU zusammenarbeiten und uns für die Interessen der jungen Generation in Bergkamen einsetzen,“ so der neu gewählte Vorsitzende Tobias Hindemitt.

Eigens zur Vorbereitung von Fahrten und Besichtigungen, die immer wieder für Abwechslung im politischen Alltag sorgen, wird der Vorstand um einen Exkursionsbeauftragten erweitert. Dieses Amt übernimmt in Zukunft Martin Alois Pogoda, seine

Stellvertreterin ist Daline Eisenhuth.

Komplettiert wird der Vorstand durch Jennifer Miska, Kinga Golomb, Gianluca Michels und Matthias Meschede, die als Beisitzer dem Vorstand beratend zur Seite stehen werden.

Neben dem Beachvolleyballturnier am Nordbergstadion am 29. August (www.beach-bergkamen.de), soll es auch wieder eine Bildungsfahrt geben sowie eine Fortsetzung der Gesprächsreihe „JU im Gespräch mit...“, in der die Junge Union Gäste zur Diskussion in ihre Mitte begrüßt.

Politisch interessierte Jugendliche können jederzeit die regelmäßigen Treffen der Jungen Union besuchen und sich unter www.ju-bergkamen.de oder bei Facebook www.facebook.com/jubergkamen informieren.

ElterngeldPlus: Zeit fürs Kind und Chancen im Job

Mehr Wahlmöglichkeiten für Eltern, deren Kinder ab dem 1. Juli geboren werden: Das ElterngeldPlus unterstützt Mütter und Väter, die in Teilzeit arbeiten, und bietet damit eine neue Option neben dem klassischen Elterngeld. Darauf weist die Elterngeldstelle beim Fachbereich Familie und Jugend des Kreises hin.

Viele Eltern wünschen sich, nach der Geburt ihres Kindes sowohl Verantwortung für die Familie zu übernehmen als auch rasch wieder in den Job einzusteigen. Wer dann wieder in Teilzeit arbeiten möchte, kann mit dem ElterngeldPlus das

Elterngeldbudget besser ausschöpfen.

Das klassische Elterngeld wird derzeit für maximal 14 Monate nach der Geburt des Kindes gezahlt. Bislang galt: Wenn Mütter oder Väter schon währenddessen in Teilzeit arbeiteten, verloren sie dadurch einen Teil ihres Elterngeldanspruches. Das ändert sich mit dem ElterngeldPlus ab dem 1. Juli. Künftig können Eltern, die in Teilzeit arbeiten, das ElterngeldPlus doppelt so lange erhalten. „Ein Elterngeldmonat wird also zu zwei ElterngeldPlus-Monaten“, erläutert Fachbereichsleiterin Sandra Waßen.

Wie das bestehende Elterngeld ersetzt das ElterngeldPlus das wegfallende Einkommen abhängig vom Voreinkommen zu 65 bis 100 Prozent. Es beträgt monatlich maximal die Hälfte des Elterngeldes, das den Eltern ohne Teilzeiteinkommen nach der Geburt zustünde, wird aber für den doppelten Zeitraum gezahlt.

„Wer nach der Geburt Teilzeiteinkommen erzielt, bekommt also mit dem ElterngeldPlus in der Summe mehr Elterngeld“, erläutert Waßen. Ein Elterngeldrechner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf der Internetseite www.familienwegweiser.de/Elterngeldrechner hilft dabei, die ersten Monate mit Kind zu planen. Hier wird auch der so genannte Partnerschaftsbonus berechnet, der gilt, wenn sich Vater und Mutter die Betreuung ihres Kindes teilen und parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten.

Wie das Elterngeld muss auch das ElterngeldPlus schriftlich beantragt werden. Der Antrag steht neben weiteren Informationen auf der Internetseite des Kreises unter www.kreis-unna.de, Suchbegriff: Elterngeld, zum Download zur Verfügung. Weitere Informationen gibt es in der Elterngeldstelle beim Kreis. Ansprechpartner sind Hans-Hermann Heeke, Tel. 0 23 03 / 27-29 58, E-Mail hans-hermann.heeke@kreis-unna.de, Frank Körber, Tel. 0 23 03 /

27-30 58, E-Mail frank.koerber@kreis-unna.de, Tanja Fischer,
Tel. 0 23 03 / 27-31 58, E-Mail tanja.fischer@kreis-unna.de
und Heike Koch, Tel. 0 23 03 / 27-32 58, E-Mail
heike.koch@kreis-unna.de.